

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 A ,
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Aufwärts!

Es ist den Gewerkschaften nicht leicht geworden, sich der zahlreichen und mannigfachen Wirkungen des nun länger als dreieinhalb Jahre dauernden Krieges zu erwehren. Ihre Bestrebungen begegneten durchweg nur noch heftigerem Widerstande als vor dem Kriege, und ihrer Betätigung, besonders soweit sie auf die Wahrung und Förderung der Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Unternehmertum gerichtet war, waren und sind noch heute sehr enge Grenzen gesteckt. Und wenn auch verschiedentlich Regierung und behördliche Organe bemüht gewesen sind, zwischen den widerstreitenden Interessen von Arbeitern und Unternehmern zu vermitteln, so entsprach das Ergebnis doch in keinem Falle den berechtigten und wohlbegründeten Ansprüchen der Arbeiter. Diese Tatsache darf man feststellen ohne die Absicht, die erzielten Erfolge zu verkleinern. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder war die Tätigkeit der Gewerkschaften stark eingeengt; auch ihre agitatorischen und organisatorischen Arbeiten unterlagen sehr erheblichen, mit der Dauer des Krieges zunehmenden Beschränkungen. Das muß man vor Augen haben, um über die Entwicklung der Gewerkschaften während des Krieges ein einigermaßen objektives Urteil zu gewinnen.

Nun haben trotz der vorstehend erwähnten Schwierigkeiten bereits mehrere Gewerkschaften für das Jahr 1917 über einen erfreulichen Mitgliederzuwachs berichten können. Daraus darf der Schluß gezogen werden, daß alle durch den Krieg hervorgerufenen einengenden und einschränkenden Maßnahmen die Werbekraft der Gewerkschaften nicht zu hemmen vermocht haben. Ist aber die Werbekraft der Gewerkschaften selbst durch die lange Kriegsdauer nicht zu brechen gewesen, dann ist bestimmt darauf zu rechnen, daß sich die Gewerkschaften nach Beendigung des Krieges mit noch größerem Ungeßüm als vor dem Kriege ihren Weg bahnen werden. Zum Kleinsten liegt daher nicht der geringste Anlaß vor.

Zu den Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl im Jahre 1917 eine Steigerung erfahren haben, gehört auch unser Zentralverband. Er zählte 1916 17 099 und Ende 1917 19 107 Mitglieder. Die Mitgliederzunahme stellt sich auf 2008 oder 11,74 pZt. Die Anzahl der Zahlstellen hat sich im letzten Jahre noch um 22 verringert; sie sank von 632 auf 610. In den eingegangenen Zahlstellen handelt es sich durchweg um solche, deren Mitgliederbestand durch die Einberufungen zum Heeresdienst restlos aufgezehrt ist. Die Mitgliederzunahme entfällt zur einen Hälfte auf Zahlstellen mit über 100 000 Einwohnern, zur andern Hälfte auf Zahlstellen mit 5000 bis 100 000 Einwohnern. In Zahlstellen unter 5000 Einwohnern ist eine Mitgliederzunahme nicht eingetreten. Mit Ausnahme vom Königreich Sachsen, von Braunschweig, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe-De-mold und Eläß-Lothringen sind alle Bundesstaaten an der Mitgliederzunahme beteiligt. Den stärksten Mitgliederzuwachs weist der größte Bundesstaat, Preußen, auf, den geringsten Mecklenburg-Strelitz. Unter den preussischen Provinzen nimmt in der Mitgliederzunahme Rheinland die erste Stelle ein, Westpreußen die letzte. Nur in einer Provinz ist eine Mitgliederabnahme festzustellen, und zwar in Ostpreußen. Die Hoffnungen, die auf diese Provinz gesetzt waren, sind nicht in Erfüllung gegangen. Schuld daran ist wohl in der Hauptsache, daß der Wiederaufbau im Zerstörungsgebiet bei weitem nicht in dem Umfange in Angriff genommen worden ist, wie nach den getroffenen Vorbereitungen vermutet werden mußte.

An sich ist die Mitgliederzunahme recht erfreulich; befriedigen kann sie uns indes keineswegs. Überall im Verbreitungsgebiet unseres Zentralverbandes finden sich noch unorganisierte Zimmerer; stellenweise ist ihre Zahl sogar noch eine ziemlich große. Das ergibt sich auch aus den Ergebnissen der im September vorigen Jahres

von unserm Zentralverbande veranstalteten statistischen Erhebungen, die zurzeit im Zentralbureau bearbeitet werden. Ihre Veröffentlichung dürfte demnächst erfolgen. Das Gesamtbild dieser Erhebungen ist natürlich durch den Krieg stark beeinträchtigt. Einzelergebnisse bieten uns bereits die Jahresberichte aus den Gauen, von denen allerdings auch noch eine Anzahl fehlt. Jedoch lassen die vorliegenden Berichte zur Genüge erkennen, daß wir noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten haben, wenn wir unser Ziel erreichen wollen: Die Zusammenfassung möglichst aller Zimmerer in unserm Zentralverband.

So führt beispielsweise der Gau 9 (Leipzig) unter 1835 beschäftigten Zimmerern einschließlich Poliere 703 Unorganisierte auf. Der Gau 6 (Dresden) unter 2414 beschäftigten Zimmerern 447 Unorganisierte. Der Gau 4 (Pommern) unter 738 beschäftigten Zimmerern 221 Unorganisierte. Der Gau 14 (Südbayern) unter 1052 beschäftigten Zimmerern 288 Unorganisierte. Der Gau 12 (Thüringen) 273 Unorganisierte. Der Gau 15 (Hessen und Hessen-Nassau) 179 Unorganisierte. Nicht alle Gauberichte enthalten die Ergebnisse der Septemberstatistik; aber aus allen geht hervor, daß die Agitation nicht in der gewünschten Weise von den Mitgliedern gefördert worden ist, sondern in den allermeisten Fällen den Zahlstellenleitungen und sonstigen Verbandsfunktionären überlassen wurde. Nur ein Jahresbericht, nämlich der aus dem Gau 7 (Mecklenburg), bezeichnet die Organisationsverhältnisse als gute, was sie übrigens schon vor dem Kriege waren. Hingegen wird im Bericht des Gaus 3 (Schlesien) ausgeführt, „daß im gesamten Gau noch rund 50 Städte und Orte vorhanden sind, in denen unsere Organisation noch festen Fuß fassen muß, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen eine zeitgemäße Regelung erfahren sollen“. Der Bericht aus dem Gau 1 (Ost- und Westpreußen) beklagt besonders lebhaft, daß es trotz verstärkter Agitation durch Freistellung eines Kameraden im Jahre 1917 doch nicht gelungen ist, auch nur eine einzige der infolge des Krieges eingegangenen Zahlstellen wieder aufleben zu lassen. Alles in allem ist somit der im Jahre 1917 erreichte Fortschritt im Mitgliederbestande als ein recht bescheidener anzuprechen. Anstatt Befriedigung auszulösen, kann er nur ein Ansporn sein zu neuer, unausgesetzter und zäher Aufklärungsarbeit; sie allein verbürgt eine weitere Erstärkung unseres Zentralverbandes.

Dennoch aber dürfen wir uns des Erfolges freuen. Beweist er uns doch, daß es wieder aufwärts geht im Verbande. Das ist ein gutes Zeichen. Nun muß indes dafür gesorgt werden, daß diese Aufwärtsbewegung anhält; sie darf nicht wieder ins Stocken kommen. Unsere Aufklärungsarbeit muß immer aufs neue und mit noch größerem Eifer als bisher betrieben werden. Das nun anbrechende Frühjahr muß, wie in der Natur, so auch in unserer Organisation neues Leben hervorrufen; es muß benutzt werden zu unablässiger Werbearbeit. Und zwar sollten sich daran alle Mitglieder beteiligen, nicht ein einziges darf sich davon ausschließen. Eine solche Agitation, die getragen wird von der Gesamtorganisation, wobei jedes einzelne Mitglied seine Kraft mit einsetzt, muß eine ganz beachtliche Stärkung der Organisation zur Folge haben. Diese ist aber heute notwendiger denn je. Denn es herrscht wohl kein Zweifel darüber, daß die Erfüllung der Aufgaben unseres Zentralverbandes in sehr starkem Maße abhängig sein wird von seiner Macht und Stärke.

Noch immer tobt der Krieg. So sehnsüchtig wir auch sein Ende herbeiwünschen, so müssen wir uns doch mit seinem einstweiligen Fortgang abfinden. Uns bleibt daher zunächst als Hauptaufgabe die Wahrung und Förderung gewerkschaftlicher Interessen auch für die fernere Kriegsdauer. Daneben haben wir indes unser Augenmerk auf die Zukunft zu richten, vor allem auf die hoffentlich bald in Angriff zu nehmende Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Es kommt darauf

an, daß schon bei den Vorarbeiten hierfür die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gebührende Beachtung finden. Zwar sind an die zuständigen Stellen bereits Eingaben gerichtet, die das bewirken sollen. Auch die baugewerblichen Organisationen haben in dieser Richtung gearbeitet. Hoffentlich werden ihre Anregungen befolgt. Das alles genügt jedoch nicht. Den Gewerkschaften werden nach Friedensschluß zahlreiche und schwerwiegende Aufgaben zufallen; sie müssen sich daher schon jetzt auf alle diese Arbeiten vorbereiten. Dazu gehört aber in erster Linie eine Stärkung der Organisation. Ungemein wichtig ist vor allen Dingen die Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zukunft. Hier werden wir auf dem Posten sein müssen, wenn wir weiter voranschreiten und Verschlechterungen verhüten wollen. Genug, von unserm Verhalten in der Gegenwart hängt sehr viel, wenn nicht alles, für unsere Zukunft ab. Wer mit uns zu dieser Einsicht gelangt ist, wird unserer Aufforderung, mitzuhelfen bei der Frühjahrswerbearbeit, sicher gern nachkommen. Um es noch einmal zu wiederholen: Zum Kleinsten liegt kein Anlaß vor. Wie unser Zentralverband bisher allen Stürmen des Krieges getrotzt hat, so wird er auch für die fernere Kriegsdauer allen Widerwärtigkeiten zu begegnen wissen. Erst recht dann, wenn sein Mitgliederbestand immer mehr erstarkt. Das ist aber schon jetzt notwendig, damit wir für die Zeit nach dem Kriege gerüstet sind. Je stärker und geschlossener wir unsern Zentralverband aus dem Kriege herauszuführen in der Lage sind, desto erfolgreicher wird sein Wirken nach dem Kriege sein. Und nach dem Kriege brauchen wir eine starke, kraftvolle Organisation. Wer sich daher nach Kräften an der diesjährigen Frühjahrswerbearbeit für unsern Zentralverband beteiligt, der hilft die Wege ebnen nicht nur für die Erfüllung der Gegenwarts-, sondern auch der Zukunftsaufgaben unserer Organisation. Aufwärts!

Die modernen Kipper und Wipper.

Vor dreihundert Jahren, 1618, begann der Dreißigjährige Krieg, der Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung um fünf Menschenalter oder mehr zurückgeworfen hat. Bald nach Ausbruch des Krieges trat zu den Schrecken, die er unmittelbar erzeugte, eine schwere Sorge, die immer drückender auf allen lastete, und gegen die es kein Heilmittel zu geben schien. Der Wert des Geldes sank nämlich unaufhaltsam. Das Prägen der Münzen war von den Landesherren verpachtet worden. Die Münzmeister zahlten für das Münzrecht eine Jahrespacht. Genau Bestimmungen regelten Gewicht, Gehalt und Wert der Münzen. Lange Zeit wurden die Vorschriften peinlich genau eingehalten, und Handel und Wandel gedieh. Da gingen die Münzmeister an einigen Stellen an, die Münzen „scharf“ zu prägen, das heißt ein wenig leichter, oder sie mengten mehr Kupfer zum Silber, als erlaubt war. Anfangs merkte niemand die Veränderung. Aber binnen wenigen Jahren bestanden die Taler überhaupt nur noch aus weißgefärbtem Kupfer, und überall an verschwiegenen Stellen waren heimliche Münzstätten im Gange. Das gute Geld wurde aufgekauft und durch reichlichen Zufuß unedler Metalle auf das Zehnfache seiner Menge gebracht. Schließlich gab es keine Schranken mehr; allgemein herrschte ein zügelloses Durcheinander.

Begonnen hatte die Geldentwertung bereits vor 1618. Aber bald nach Kriegsbeginn wuchs der Geldjammer zu seiner vollen Breite aus. Alle strengen Gesetze zu seiner Bekämpfung waren Schläge ins Wasser. Wer tausend Taler schuldig war, bezahlte sie jetzt in entwertetem Gelde, das der Gläubiger natürlich nicht nehmen wollte. In verschiedenen Ländern verboten die Landesherren ihren Steuerbeamten, das eigene Landesgeld für Steuern in Zahlung zu nehmen, das sie erst kurz vorher selbst in den Verkehr gebracht hatten. Wohlhabende Städte, unter ihnen Leipzig, gerieten in Bankrott. Fleischer, Bäcker, Kaufleute we-

ten sich, ihre Waren zum alten Preise zu verkaufen. Die Preiserhöhung nützte nicht viel; denn das in Zahlung gegebene Geld hatte bald überhaupt keinen Wert mehr. Dem wilden Tummel folgte angstvolle Verzweiflung. Es herrschten Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Gustav Freytag schreibt in seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit“:

„Ein allgemeiner Sturm gegen das neue Geld brach los. Die neuen Gedenkmünzen wurden als Nestor des Teufels verschrien; die Münzer und ihre Agenten, die Geldwechseln, und wer sonst aus dem Geldhandel Geschäfte gemacht, wurden Gegenstände des allgemeinen Abscheues. Damals wurde in Deutschland für sie die Volksbezeichnung *Ripper* und *Wipper* allgemein. *Rippen*, sowohl auf der Geldwage betrügerisch wiegen als auch Geld beschneiden, und *wippen*, das schwere Geld von der Wagschale werfen. Man sang Spottlieder auf sie! — Noch lange Jahre nachher, nach allen Schrecken des langen Krieges, galt es für eine besondere Schande, wenn einer in der *Ripperzeit* zu Geld gekommen war.“

Ein Vergleich mit gewissen Zuständen, die der gegenwärtige Krieg hervorgerufen hat, liegt nahe. Eine Münzverschlechterung nach damaligem Muster ist allerdings unmöglich geworden, nachdem die Münzprägung allgemein in die Hände der Staatsregierungen übergegangen ist. Und die unberechtigte Nachprägung von Zehn- und Fünfpfennigstücken, oder die Anfertigung falscher Geldscheine können nicht so gefährlichen Umfang annehmen, daß eine Katastrophe daraus erwächst. Die Entwertung des Geldes, die tatsächlich vorliegt, hat andere Ursachen. Auf eine derselben ist in diesen Artikeln bereits wiederholt hingewiesen worden; es ist der Ersatz des Hartgeldes durch Papierschneide. Die Hauptursache muß jedoch in den ungeheuerlichen Kriegsgewinnen gesucht werden. Schon für 1915 ergab sich nach den eigenen Abschlußberichten in der Metallindustrie 84 deutsche Gesellschaften durchschnittlich 37,5 pZt. ihres Aktienkapitals an Reingewinn; in der Pulver- und Sprengstoffindustrie 16 Gesellschaften 48,5 pZt.; von den Erz- und Hüttenwerken 18 Gesellschaften 28 pZt.; im Kohlenbergbau 22 Gesellschaften 19 pZt.; in der Textil- und Tuchindustrie 20 Gesellschaften 31,7 pZt.; in der chemischen und Farbenindustrie 23 Gesellschaften 31 pZt.; in der Lederindustrie 12 Gesellschaften 67 pZt.; von den Getreidemühlen 9 Gesellschaften 43,5 pZt. Zusammen ergab sich diese 214 Gesellschaften bei 1378,7 Millionen Mark Aktienkapital 436,6 Millionen Mark, gleich 31,6 pZt. Reingewinn.

Das war bereits 1915. Und schon da sind große Teile des Reingewinnes durch allerlei Maßnahmen unsichtbar gemacht worden. Man hat lächerlich hohe Abschreibungen gemacht; oder man hat das Aktienkapital um Millionen erhöht, die neuen Aktien aus dem Kriegsgewinn bezahlt und sie den Aktionären ganz oder beinahe ganz geschenkt. Waren bei fünf Millionen Mark Aktienkapital eine Million Mark Reingewinn übriggeblieben, was 20 pZt. wären, so bilden diese Million Mark Reingewinn bei zehn Millionen Mark Aktienkapital nur 10 pZt. Den Auguren im Finanzfache stehen viele Wege zur Verfügung, den Reingewinn kleiner erscheinen zu lassen, als er wirklich ist. Und je unerschämter Kriegsgewinne sie in den letzten Jahren eingestekt haben, desto findiger sind sie geworden im Erfinden neuer verschlagener Kunststücke auf dem Gebiete der Reingewinnverschleierung.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages ist jetzt den modernen *Rippen* und *Wippen* ins Gesicht geleuchtet worden. Zunächst sind besonders zwei Fälle herausgegriffen worden, der des Grafen Behr-Pinnow und der, welcher von den Daimler-Werken handelt. Der edle Kammerherr Graf v. Behr-Pinnow ließ sich zum Volke herab und wurde für kurze Zeit Kaufmann, das heißt er benutzte seine hohen Verbindungen und seine ausgezeichneten Stellungen — er war unter anderem Vorsitzender der Auguste-Viktoria-Stiftung —, um mit der Heeresverwaltung die Lieferung von Säcken für 27 Millionen Mark abzuschließen. Weiter hat er sich nicht um die Sache bekümmert. Die Arbeit besorgten andere. Nur insofern war der gnädige Herr noch beteiligt, als bei dem mühelosen und risikofreien Geschäft ein Reingewinn von 4,6 Millionen Mark in seinen reinen Händen blieb. Ihren ausgebildeten kaufmännischen Fähigkeiten entsprechend haben die Daimlerwerke, welche Kraftfahrzeuge, Kranken- und Nutzwagen, Luftschiffe und Flugmotoren herstellen, das *Rippen* und *Wippen* noch besser verstanden. Sie forderten für ein Automobil, das in Mexiko 5000 kostet, 15 000 und erhielten diesen schamlosen Preis auch, da die Regierung sich von der ausgesprochenen Drohung fürchtete, die Werke würden ihren Betrieb einschränken, wenn die Forderung nicht bewilligt würde. Neuerdings wollte sie sogar 22 500 für ein Auto haben. Bei monatlicher Lieferung von 500 Motoren und nach Abzug von 30 pZt. Geschäftsgewinn sind schon beim Preise von 15 000 jährlich volle 48 Millionen Mark Ubergewinn von den Daimler-Werken eingefristen worden.

Jetzt soll auch dieser Fall gerichtlich verfolgt werden wie der Fall Behr-Pinnow. Damit kann es natürlich nicht ab-

gelaufen sein. Es wäre nicht das erstemal, daß scharfes Vorgehen in Aussicht gestellt wird, um die Gemüter zu beruhigen, und dann, wenn die Wogen sich geglättet haben, bleibt alles, wie es war. Die Kriegsgewinne gehören rechtlos in die Reichskasse, damit die Hinterbliebenen der Gefallenen und die an Leib und Gesundheit durch den Krieg Geschädigten ausreichend versorgt werden können. Keine Nachsicht mit den Kriegsbuchhaltern, keine Schonung der Kriegsgewinnler. Die Milliarden ihres unehelichen Handwerks gehören dem Volke, dem sie genommen worden sind.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Gauvorsstände.

Gau 16 (Württemberg).

Jahresbericht.

Die Arbeitsgelegenheit im Kriegsjahre 1917 erstreckte sich, wie schon in den Vorjahren in der Hauptsache auf Kriegsbauten. Dieselben sind zum Teil fertiggestellt, zum Teil wird noch daran gearbeitet; Neubauten dieser Art sind in letzter Zeit nicht mehr in Angriff genommen worden. Wir hoffen, daß daraus der Schluß gezogen werden kann, daß recht bald wieder Bauten erstellt werden, die für Friedenszwecke bestimmt sind. Kriegsbauten wurden in 13 Orten erstellt. Arbeitsgelegenheit war reichlich vorhanden. Die Nachfrage nach Arbeitskräften für den Zimmererberuf überstieg das Angebot das ganze Jahr hindurch. Eine beträchtliche Anzahl unserer Kameraden arbeitet schon jahrelang im besetzten Gebiet. Um mehr zu verdienen und ihre Familien besser ernähren zu können, scheuen die Kameraden auch die schwersten Strapazen nicht. Die private und genossenschaftliche Bautätigkeit war im ganzen Jahre gleich Null. Die Beschlagnahme aller wichtigen Baumaterialien und die strenge Ueberwachung der Freigabe für kleinere Bauten haben die private Bautätigkeit überall unmöglich gemacht. Durch den Zustrom von Tausenden von Arbeiterfamilien in die Industriestädte macht sich schon seit längerer Zeit eine steigende Wohnungsnot bemerkbar. So sind zum Beispiel in Stuttgart seit dem 1. Dezember 1916 bis zum 28. September 1917 1272 Familien mehr zu- als weggezogen. Während in normalen Zeiten in Stuttgart ein jährlicher Zuwachs von 2500 Wohnungen zu verzeichnen war, ist im letzten Halbjahr 1917 ein Zuwachs von einer Wohnung mit vier Wohnräumen zu verzeichnen. In Göttingen und Heidenheim war zum Beispiel im Monat Dezember nicht eine einzige leere Wohnung anzutreffen, und in anderen größeren Industriestädten steht es nicht viel besser, obwohl leerstehende Läden und Lageräume für Wohnzwecke hergerichtet werden. Eine Steigerung der Wohnungsmieten für kleinere Wohnungen macht sich schon bemerkbar. Wenn selbst nach dem Kriege die Bautätigkeit sofort aufleben sollte, so wird es doch lange dauern, bis der Nachfrage genügt werden kann. An geeigneten Baugelände wird es nirgends fehlen.

Ueber Lohnbewegungen und Tarifvertragsabschlüsse ist folgendes zu berichten: Die Orte Böblingen und Sindelfingen, in deren Nähe die Industrie stark gebaut hat, sind zu einem einheitlichen Lohngebiet zusammengelegt worden. Die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden am 12. September vertraglich geregelt. Auch in Neckarzimmern ist es am 21. Mai zu einem Vertragsabschluß gekommen. Oberndorf und Rottweil bilden ebenfalls nach dem Abschluß eines Tarifvertrages vom 15. Mai ein geschlossenes Lohngebiet für sich. Durch eine halbtägige Arbeitseinstellung konnten auch in Schramberg die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt werden. Anlässlich von Verhandlungen in Schorndorf, wo ebenfalls ein Vertrag zustande kam, wobei auch ein Vertreter vom Kriegsamt anwesend war, konnte es der Vorsitzende des württembergischen Arbeitgeberbundes, Herr Busch, nicht unterlassen, die anwesenden Vertreter des Bauarbeiter- und Zimmererverbandes als Personen hinzustellen, deren vornehmste Aufgabe es wäre, die Arbeiterkraft im Baugewerbe aufzuheben und zu beruhigen. Beweise konnten dafür allerdings nicht erbracht werden. Differenzen mit kurzer Arbeitseinstellung waren in Feuerbach auf zwei und in Untertürkheim auf einer Baustelle zu verzeichnen; sie sind jedoch, nachdem die Bauleitungen etwas Verständnis für die Wünsche der Arbeiter zeigten, rasch beigelegt worden.

Die im April und Dezember mit dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe abgeschlossenen Vereinbarungen auf zentraler Basis, bezüglich der Verlängerung der Verträge und Zahlung von Feuerungszulagen, wurden von den Mitgliedern gutgeheißen. An sämtlichen größeren Baustellen und Orten, wo Arbeit vorhanden war, sind die Zulagen anstandslos durchgeführt worden, während an kleineren Orten mit wenig Arbeit verschiedene Auseinandersetzungen mit den Unternehmern notwendig waren. Trotzdem die Zahlung von Ueberlandgeld in den Tarifverträgen geregelt ist, sind in dieser Hinsicht doch recht viele Differenzen entstanden; es mußte deswegen eine ganze Anzahl von Klagen eingereicht werden. Es gibt Unternehmer, die besonders den Reklamierten die Ueberlandzulage verweigern. Vertreten diese Kameraden ihr Recht, dann werden sie nicht mehr weiter reklamiert, und die Folge ist die Einziehung. Solche Fälle können nachgewiesen werden. Ein in der Baustelle Stuttgart tätiger Kamerad hat etlichen Mitgliedern den Rat erteilt, für die tarifliche Ueberlandzulage nicht mehr auswärts zu arbeiten, weil sie den heutigen Verhältnissen nicht mehr Rechnung trage. Bei einer Besprechung mit dem Unternehmer hat dieser dann dem Gauleiter gegenüber erklärt, daß die Leitung der Baustelle Stuttgart gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages agitiere, und daß dieser Fall registriert und gelegentlich Verwendung finden werde. Dazu ist zu erklären, daß auch wir mit einer ganzen Anzahl von Fällen aufwarten können, in denen Unternehmer die Vertragsbestimmungen nicht eingehalten haben; auch wir werden dieselben gelegentlich zu verwenden wissen.

Die Einführung des Hilfsdienstgesetzes hat verschiedene Änderungen in unserer Bewegungsfreiheit gebracht. Trotzdem es an Aufklärung nicht gefehlt hat, sind anfangs nicht

nur auf Arbeiterseite, sondern auch bei den Unternehmern Mißverständnisse vorgekommen, und zwar hauptsächlich beim Wechseln der Arbeitsstelle. Überall dort, wo die Bestimmungen des Gesetzes es verlangten, wurden unter Mithilfe der Gauleitung Arbeiterausweise eingeklebt, und zwar auf 15 Plätzen und Baustellen. Unsere Vorschläge gingen überall glatt durch, Gegenansprüche wurden nicht gemacht. Dort, wo die Gewählten ihre Rechte und Pflichten im Sinne des Gesetzes ausübten, war ihre Tätigkeit fruchtbringend und für die Organisation nützlich, hauptsächlich bezüglich der Verteilung der Lebensmittel und bei der Schlichtung kleinerer Differenzen. Letzteres kann jedoch nicht von allen Ausschüssen berichtet werden, denn es gab auch säumige darunter. In vielen Fällen mußte von der Gauleitung eingegriffen, und die Unternehmer und Bauleitungen mußten auf das den Arbeitern Zuzuhende aufmerksam gemacht werden.

Hinsichtlich des Arbeitsnachweises ist zu berichten, daß im Jahre 1917 durch unsere Organisation 347 Kameraden Arbeit nachgewiesen wurde. Die Kameraden haben mit der Zeit einsehen gelernt, daß in dieser Beziehung bei der Organisationsleitung die beste Zukunft zu erhalten ist. Im „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ sind wiederholt 100 und mehr Zimmerer für Württemberg, speziell nach Stuttgart, gesucht worden, allein alle diese offenen Stellen kamen in der Hauptsache für das besetzte Gebiet in Betracht. Um aber dort Arbeit zu erhalten, braucht man nicht erst nach Stuttgart zu reisen, um Enttäuschungen zu erleben.

Ein arger Mißstand und eine Schädigung für die Gesamtsorganisation ist die auf vielen Baustellen geleistete Sonntags- und Nachtarbeit. Auch Ueberstunden wurden in zahlreichen Fällen geleistet, in denen es nicht notwendig war. Eine beträchtliche Anzahl von Kameraden meldete sich jeweils freiwillig zu obigen Arbeiten; sogar Uffordarbeiten wurden im geheimen geleistet. Für viele Kameraden steht die unter mühevollen Verhandlungen erfolgte tarifliche Regelung dieser Arbeiten nur auf dem Papier; das rein Materielle steht bei ihnen im Vordergrund. Ähnlich steht es mit dem Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen über den Bauarbeiterschutz aus. Behörden und Unternehmer, ja selbst die Arbeiter, die am meisten darunter zu leiden haben, kümmern sich wenig oder gar nicht darum. Es gab Baustellen, auf denen fast durchweg an jedem Tage Unglücksfälle vorgekommen sind, die bei Anwendung der Schutzvorschriften zum großen Teil hätten verhütet werden können. Was die Zahlung von Feuerungszulagen anbelangt, so sind viele Kameraden der Meinung, daß die Zentralvorstände nur zu bestimmen haben, wann wieder eine solche Zulage gezahlt werden soll. Anstatt einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, glaubt man, solche Zulagen am ehesten zu erreichen, wenn man erklärt, daß, wenn jetzt nicht bald wieder eine Zulage eintrete, die Beitragszahlung eingestellt werden würde. Diese Mitglieder sollten den „Zimmerer“ aufmerksam lesen und die Versammlungen besser besuchen.

Die durchschnittliche Zahl der in den Abrechnungslisten aufgeführten Mitglieder beträgt 517. An Einberufungen waren am Jahreschluß 1168 zu verzeichnen. Neuaufnahmen und Erneuerungen wurden 231 vollzogen. Diese Zahl könnte noch bedeutend größer sein, wenn die Kameraden mehr zur Gewinnung neuer Mitglieder tun würden. Mangel an Unorganisierten würde dadurch seinen bis jetzt noch leeren Platz in der Organisation ausgefüllt haben. Hauptsächlich sollten es sich die Kameraden in Pömmersheim und Neckarzimmern zur Pflicht machen, einmal darüber nachzudenken, was die Organisation für sie geleistet hat; sie werden dann zu der Erkenntnis kommen, wo in Zukunft ihr Platz sein muß. In der Anmeldung der reklamierten Kameraden ist eine wesentliche Besserung eingetreten; das in dieser Hinsicht vom Zentralvorstand herausgegebene Flugblatt hat seinen Zweck erfüllt. Auch das für die Unorganisierten herausgegebene Flugblatt ist mit Erfolg verbreitet worden.

Der Besuch der Versammlungen war den Zeitverhältnissen entsprechend ein guter. Die Versammlungen, in denen Kamerad Schumann aus Hamburg referierte, waren alle gut, zum Teil sehr gut besucht. Die den Kriegerfrauen ausgezahlte Familienunterstützung fand allerseits Anerkennung, das beweisen am besten die vielen aus dem Felde an uns gesandten Schreiben. Die Geschäftstätigkeit des Gauleiters widelte sich folgendermaßen ab: Es fanden 5 Sitzungen des Gauvorstandes und 19 Sitzungen der Baustellenvorstände, in denen der Gauleiter anwesend war, statt. In 33 Fällen wurden Kassenrevisionen vorgenommen und bei Quartalsabrechnungen mitgewirkt. Es fanden 86 Versammlungen statt. In 186 Fällen sind Plakatsammlungen, Besprechungen und Hausagitationen vorgenommen worden. Verhandlungen mit den Unternehmern über Abschlüsse von Verträgen, Regelung von Differenzen usw. haben 43 stattgefunden. In 297 Fällen wurden die betreffenden Arbeiten vom Gauleiter und in 27 Fällen von den übrigen Gauborstandsmitgliedern erledigt. An Postfächern wurden abgeschickt: 356 Briefe, 106 Postkarten, 407 Drucksachen, 14 Pakete, 42 Geldsendungen und 2 Telegramme.

Zu Beginn des neuen Jahres hat sich der Wirtschaftsvorstand für das Baugewerbe in Württemberg, dessen Vorsitzender Herr Busch aus Stuttgart ist, beim Amtsgericht Stuttgart-Stadt in das Vereinsregister eintragen lassen. Das bedeutet zugleich eine Zunahme der Machtverhältnisse der Unternehmer im Baugewerbe. Mögen die Kameraden die Lehre daraus ziehen, daß auch wir mehr Macht gewinnen und gerüstet sein müssen. Das kann aber nur dadurch geschehen, wenn jedes Mitglied hilft, in erster Linie die Zahl der Unorganisierten zu verringern. Neue Erfolge und neue Fortschritte zu erreichen, muß der Wille eines jeden sein. Darum auf an die Arbeit!

Stuttgart, im Februar 1918. Emil Reuger.

Unsere Lohnbewegungen.

Gardelegen. In einer am 7. März dieses Jahres stattgehabten Aussprache mit dem Arbeitgeber des Ortes wurde eine Lohnaufbesserung von 59 beziehungsweise 60 & auf 70 & ab 4. dieses Monats zugestanden. Die Bautätigkeit am Orte und in der Umgebung ruht vollständig. Unsere Berufsgenossen sind ausschließlich in den Schneidemühlen, die für Heeresbedarf arbeiten, beschäftigt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Unsere am 26. Februar stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich im ersten Punkt der Tagesordnung mit einer Besprechung über die Affordarbeit in unserm Beruf, die sich gegen die Firma Luchschner in Breslau richtete. Es wurde in der Besprechung angeführt, daß bei genannter Firma auf den Baustellen in Jansenitz, Stettin, Barnemünde usw. die Dachschalungsarbeiten teils auf Veranlassung der Firma, teils aus eigenem Antriebe unserer Kameraden in Afford hergestellt wurden. Unser Tarifvertrag besagt, daß im Zimmererberuf Affordarbeit nicht zulässig sei. Im allgemeinen hätten bisher beide Vertragsparteien nach diesen Grundrissen gehandelt; wir hätten daher alle Ursache, zu verhüten, daß uns der Krieg auch nach diesen Verhältnissen in unser Arbeitsverhältnis hineinziehe. In dieser Angelegenheit liegt auch eine Beschwerde der Gauleitung aus Mecklenburg vor, die besagt, daß die dortigen Zimmerer nicht gewillt seien, sich durch die Breslauer Kameraden die Affordarbeit einschleppen zu lassen. In der letzten Zeit ist bei der Firma auch versucht worden, die Dachbinder in Afford anfertigen zu lassen. Das Sonderbarste an diesem Vorkommnis ist, daß unsere Kameraden der Verbandsleitung keine Mitteilung gemacht haben, sondern die Arbeiten solange in Afford anfertigten, bis die Uneinigkeit unter ihnen selbst wegen der Preise und der Nebeschüsse als unliebsame Erscheinung sich bemerkbar machte. Die Diskussion zu diesem Punkt war eine ausgedehnte; alle Redner beurteilten dieses Verhalten, und es fand folgender Antrag einstimmige Annahme: „Die am 26. Februar tagende Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Einführung der Affordarbeit im Baugeschäft Luchschner; sie kommt zu dem Beschluß, daß Affordarbeit unter allen Umständen abzulehnen ist, und zwar aus folgenden Gründen: Nach unserm Tarifvertrage ist Affordarbeit nicht zulässig; auch ist im Zimmergewerbe niemals Arbeit in Afford ausgeführt worden. Es kommt noch hinzu, daß schon die ersten Versuche, in Afford arbeiten zu lassen, unter unsern eigenen Mitgliedern solch große Zermürbungen und Unzufriedenheiten zeitigt haben, gegen diese Einrichtung Protest zu erheben. Da wir mit dem Baugeschäft Luchschner in der Vergangenheit Unzufriedenheiten nicht zu verzeihen hatten, würde es die Organisation der Zimmerer bedauern, wenn dieses Verhältnis durch die Affordarbeit gestört würde. Soweit Kameraden, die sich im Soldatendienst befinden, zu diesen Arbeiten hinzugezogen und von der Firma in Afford beschäftigt werden, betrachtet die Versammlung auch dieses als Tarifvertragsbruch. Die Gauleitung wird beauftragt, mit Herrn Luchschner in dieser Angelegenheit zu verhandeln und der nächsten Mitgliederversammlung Bericht zu geben.“ Der zweite Punkt, „Unsere Verbandsagitation im Jahre 1917“, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ bemerkte Kamerad Schmidt, daß sich seit kurzem in Breslau Agenten herumtreiben, welche Zimmerer nach auswärts suchen. Die Kameraden seien meistens sehr enttäuscht, wenn sie an Ort und Stelle kommen, und kehren gleich wieder um. Da sie aber einen seitenlangen Vertrag, der sie auf 13 Wochen bindet, unterschrieben haben, bekommen sie bei einer vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses keine Papiere zurück, und ferner kommen sie mit dem Hilfsdienstgesetz in Konflikt. Halten sie aber 13 Wochen aus, was kann dann alles passieren? Sie können dort erkranken und ihre Angehörigen hier. Die Kameraden sollen gewarnt sein und sich beim Unterschreiben von Verträgen sehr vorsehen. Der Vorstand gab noch bekannt, daß ab 1. April die Feuerungszulage wiederum um 5 % erhöht wird und am Sonntag, 3. März, die Beitragsleistung beginnt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Dresden. Am 24. Februar fand im Volkshaus die erste diesjährige Zahlstellenversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Endgültige Beschlüssefassung über die in der letzten Zahlstellenversammlung im Prinzip beschlossene Erhöhung der Lokalfondsbeiträge um 10 % in allen Beitragsklassen. 3. Antrag des Vorstandes, betreffend Regulierung des Gehalts der Zahlstellenangestellten nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung unseres Verbandes. 4. Sonstige Verbandsangelegenheiten. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken der gestorbenen und gefallenen Kameraden in üblicher Weise. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden besprochen und in einigen Punkten ergänzt, und der Kassierbericht vom Kassierer erläutert. Hierbei ergab sich die Notwendigkeit, die lokalen Einnahmen zu erhöhen, um in Zukunft nicht den Kassenbestand zur Beilegung der regulären Lokalaufgaben weiter schwächen zu müssen. Einige Debattereden machten Vorschläge, wie nach ihrer Meinung die Ausgaben sich noch etwas beschränken ließen. Diese Anregungen wurden aber in der Praxis bereits befolgt. Dem Kassierer wurde, wie beantragt, Entlastung erteilt. Die Beitragsanhebung unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde nach kurzer Aussprache einstimmig beschlossen. Desgleichen die Gehaltsregulierung zu Punkt 3. Unter Punkt 4 stimmte die Zahlstellenversammlung einem Beschlusse des Vorstandes gegen drei Stimmen zu, wonach unser Verhältnis zum Gewerkschaftsverband für eine festgelegt wird. Nach einem kurzen Hinweis des Vorsitzenden, daß auf keinem Bau oder Platz der Delegierte fehlen darf und daß die Buchkontrolle wieder regelmäßig vorgenommen werden müßte, wenn wir eine durchgehende geordnete Beitragsleistung wünschen, erreichte die gutverlaufene Versammlung ihr Ende. Anwesend waren 37 Delegierte und 12 Vorstandsmitglieder. 19 Delegierte aus 13 Bezirken fehlten.

— (Jahresbericht.) Bereits im Jahresbericht 1916 war gesagt, daß sich die Unternehmer bei weiter steigender Feuerungszulage zu weiteren Feuerungszulagen werden verstehen müssen, wenn der Tarifvertrag aufrechterhalten werden sollte. Die Preissteigerung auf allen Gebieten war eine ununterbrochene, so daß die Feuerungszulagenbewegung schon zu Beginn des Jahres 1917 eine wesentliche Rolle spielte. Der Unwille der Mitglieder über die immer unzureichender werdenden Löhne war durch unklare Köpfe gegen die Verbandsleitung gerichtet worden. Wir mußten deshalb bemüht sein, das Ventil nach der Seite hin zu öffnen, wo es allein Wirkung versprach. Durch eine Bundesdelegiertenversammlung wurde den Kameraden der Weg gezeigt, der hier

zu beschreiten war. Daraufhin wurden denn auch alle Unternehmer größerer Bauten angegangen, um über eine weitere Zulage in Verhandlungen zu treten. Durch die mit Mühe und Not erreichten Feuerungszulagen sind die Feuerungsverhältnisse bei weitem nicht ausgeglichen worden. Trotzdem erkannten aber unsere Mitglieder an, daß die Vertreter der baugewerblichen Verbände bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund ihr Bestes getan haben. Eine anhaltend reichliche Beschäftigung kam unsern Mitgliedern zugute, die Feuerungsverhältnisse waren dadurch leichter zu ertragen, da Arbeitslosigkeit fast gar nicht in Betracht kam. Nur in den Winterperioden in den Monaten Januar, Februar und Dezember war eine geringe Zahl Arbeitsloser zu verzeichnen. Dementsprechend ist auch die Summe der aufgewendeten Mittel für Arbeitslosenunterstützung noch geringer geworden als im vorhergegangenen Jahre. In den vier Kriegsjahren betrugen die Ausgaben auf diesem Gebiete:

Jahr	Für die Hauptkasse Arbeitslosen- unterstützung M.	Für die Hauptkasse Ausgefallenen- unterstützung M.	Für die Lokalkasse Ausgefallenen- unterstützung M.	Für die Lokalkasse Arbeitslosen- beiträge M.
1914.....	83502,10	1386,90	7710,—	5098,75
1915.....	15562,95	4641,30	1001,—	1464,—
1916.....	2238,15	510,30	41,50	572,—
1917.....	793,50	—	—	69,15

Die Entlastung unserer Kassen auf diesem Gebiete ist eine ganz bedeutende. Nur dadurch war die Möglichkeit gegeben, für die Familien der Einberufenen so beträchtliche Summen aufwenden zu können. Diese Aufwendungen betrugen bisher in unserer Zahlstelle aus der Hauptkasse M 81 577, in 8 Raten, und aus der Lokalkasse in 5 Raten M 43 310. (Die 8. Rate aus der Hauptkasse mit M 11 916 erscheint in der Abrechnung erst für das erste Quartal 1918.) Bei den statistischen Erhebungen im September wurden ermittelt: in 248 Betrieben 1217 Beschäftigte, wovon 1144 Verbandsmitglieder und 73 unorganisiert waren. Außerhalb des Zahlstellengebietes waren beschäftigt 84, selbstbeschäftigt 8, nicht im Berufe 85 und krank waren 39 Mitglieder. Von den Verbandsmitgliedern gehörten 66 andern Zahlstellen an, und von der Statistik nicht erfasst waren 125 Mitglieder. Das ist ein Beweis dafür, daß noch immer ein großer Teil der Mitglieder die ihnen zugeordneten Fragezettel unbeachtet gelassen hat. — Im allgemeinen hat sich in unserm Organisationsleben seit dem Jahre 1916 wenig geändert. Mit der Pflichterfüllung der zeitweilig vom Heeresdienste beurlaubten oder auf Reklamation entlassenen Kameraden ist es merklich besser geworden. Von der Mitarbeit zahlreicher Frauen als Bezirksführer und Kolportiere konnte wieder nur lobend berichtet werden. Die meisten davon erfüllen die übernommenen Pflichten treu und gewissenhaft. Der Versammlungsbesuch muß als sehr unbefriedigend bezeichnet werden. Die nötige Führungsnahme mit den Mitgliedern mußte deshalb durch Bubenbesprechungen herbeigeführt werden. Der Arbeitsnachweis zeigte 389 Arbeitssuchende, 971 offene Stellen und 257 besetzte Stellen, davon 78 nach auswärts. Gegen Ende des Jahres sank die Zahl der uns gemeldeten offenen Stellen infolge Fertigstellung der bedeutendsten Bauten ganz wesentlich herab, so daß sich Angebot und Nachfrage gerade ausglich. Die Mitgliederbewegung ergab zu dem Bestande vom Jahreschlusse 1916 in Höhe von 1549 einen Zugang von 660. Darunter eingetreten und erneuert 200, vom Militär angemeldet 251 und sonstiger Zugang 209. Der Abgang dagegen betrug 828. Darunter gestrichen und ausgetreten 143, zum Militär abgemeldet 388, gestorben 37, nach § 7, Absatz 5 vom Beitrag befreit 11 und sonstiger Abgang 249. Der Bestand beträgt am Jahreschlusse 1381, die Mitgliederabnahme 168. Von den 1381 Mitgliedern waren noch nicht beziehungsweise nicht mehr militärpflichtig 765, dagegen standen im militärpflichtigen Alter 616. Von letzteren waren einberufen, aber auf Zeit oder dauernd entlassen 313. Die Ehrenliste der Kriegsoffiziere weist 31 Namen auf, gegenüber 54 in 1916, 63 in 1915 und 41 in 1914. Ihre Zahl ist somit auf 189 angewachsen. Die Zahl der in der Heimat verstorbenen Mitglieder hat sich 1917 gegenüber verflorenen Jahren ganz beträchtlich erhöht. Sie beträgt 45 und ist doppelt so hoch als in Friedenszeiten. Unter diesen 45 Verstorbenen befinden sich 11 nach § 7 Absatz 5 befreite Mitglieder.

Die Jahresabrechnung weist auf an Einnahme: a) für die Hauptkasse M 54 400,05 (darunter an Vorschuß zur Familienunterstützung M 12 458); b) für die Lokalkasse M 26 788,90, in Summa M 81 188,95; demgegenüber steht die Ausgabe mit M 54 400,05 für die Hauptkasse und M 34 329,34 für die Lokalkasse, in Summa M 88 729,39. Das bedeutet einen Verlust der Lokalkasse von M 7540,44. Das Lokalaufkommen verringerte sich demzufolge von M 128 323,51 auf M 120 783,07. Die Einnahmen der Lokalkasse an lokalen Beiträgen und Zinsen verminderten sich in den Kriegsjahren recht beträchtlich. Sie gestalteten sich so: 1917 M 26 725,30, 1916 M 30 295,75, 1915 M 33 209,35, 1914 M 49 356,62 und 1913 M 64 056,34. Demgegenüber erhöhten sich die Ausgaben auf fast allen Gebieten, wenigstens im Verhältnis zur verbliebenen beitragsleistenden Mitgliederzahl. Die seit dem Jahre 1908 eingeführte Sterbeunterstützung erforderte bisher folgende Beträge: An Sterbegeld wurden ausgezahlt: 1909 M 1010, 1910 M 955, 1911 M 1355, 1912 M 1255, 1913 M 1665, 1914 M 2110, 1915 M 3305, 1916 M 2865 und 1917 M 3235. Diese unabänderlichen Tatsachen machten eine Erhöhung der Lokaleinnahmen zur unbedingten Notwendigkeit. Das werden hoffentlich alle unsere Mitglieder ohne weiteres einsehen und demzufolge die Erhöhung der Lokalfondsbeiträge um 10 % in allen Beitragsklassen als unumgänglich hinnehmen.

Eisenach. Am 23. Februar fand bei dem Kameraden Watz unsere Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Abrechnung vom vierten Quartal und Jahresabrechnung. 3. Verbandsangelegenheiten. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Ein besonderer Kartelldelegierter wurde nicht gewählt, die Vorstandsmitglieder wollen sich ablösend beteiligen. Im zweiten Punkt wurde vom Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1917 vorgelesen, von der die Kameraden freudig Kenntnis nahmen; denn trotzdem wir aus der Lokalkasse an eine größere Anzahl zum Heeresdienste einberufenen Kameraden Unterstützung ausgezahlt haben, ist der Lokalfondsbestand

während des Krieges noch gestiegen. Anschließend gab der Kassierer noch einen Rückblick über die Kassenverhältnisse des verflossenen Jahres. Darüber informierten folgende Zahlen: Lokalfondsbestand Ende 1916 M 946,38, lokale Jahreseinnahme M 984,16, lokale Ausgabe M 430,21, Ueberschuß M 553,95, Lokalfondsbestand am Schlusse des Jahres 1917 M 1500,33. Zentrale Einnahme 1917 M 2230,80, nach Hamburg gesandt M 807,90, für Familienunterstützung am Orte behalten M 726. Insgesamt wurden im Jahre 1917 an Familienunterstützung gezahlt: zentral M 1521, lokal M 60; für Arbeitslosenunterstützung 4 Tage, zusammen M 7,50. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde zuerst das Verhalten des Gewerkschafts-Kartells vom Vorstand scharf gerügt, weil in der letzten Sitzung aus der Kartellkassette der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, Kartellgruppe Eisenach, M 100 zu Agitationszwecken überwiesen wurden; Kamerad A. Gill behält sich im Interesse der Zahlstelle weitere Schritte vor. Weiter wurde noch Bericht erstattet vom Stand der Verhandlungen in einer Lohnstreitfrage gegen die Firma Fahrzeugfabrik wegen Nichteinhalten der Tariflöhne. Im Laufe der nächsten Woche ist wiederum Verhandlung, und der Kamerad Rudloff aus Erfurt ist mit der Vertretung betraut worden. Nachdem noch vom Vorsitzenden die Kameraden über wichtige Punkte der Zukunft unterrichtet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

— In der am Mittwoch, 27. Februar, abgehaltenen Sitzung des Schlichtungsausschusses ist folgendes, zugunsten der Bauhandwerker bei der Firma Fahrzeugfabrik lautende Urteil gefällt:

Die Tariflöhne, welche zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe einerseits, dem Deutschen Bauarbeiterverband, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands vereinbart sind, werden für angemessen erachtet und sind vom 10. Dezember 1917 ab rückwirkend an die in der Fahrzeugfabrik Eisenach in Eisenach beschäftigten Bauhandwerker zu zahlen.

gez. Weigelt. gez. Hilgenberg.

Für richtige Ausfertigung:

gez. Weigelt, Hauptmann d. L.

Mit diesem Urteil können sich die Kameraden der Fahrzeugfabrik einverstanden erklären, da es seit Bestehen der Firma noch niemals zu einer Einigung über Lohnverhältnisse gekommen war.

Göppingen. Am 22. Februar fand unsere Generalversammlung statt; in der auch Kamerad Leuger aus Stuttgart anwesend war. Von 49 zahlenden Mitgliedern waren 44 erschienen. Kamerad Schädler, Kassierer, erstattete die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen M 312,90; der Bestand der Lokalkasse für das erste Quartal 1918 ist M 500,13. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Zum Jahresbericht wurde ausgeführt: Die Arbeitslosigkeit war das ganze Jahr über eine günstige, die Zahl der Mitglieder wurde durch die eifrige Agitation von 31 auf 49 erhöht. Alles, was organisationsfähig ist, ist jetzt im Verbandsorganisiert. Es hat sich gezeigt, daß der Verband unsere Interessen wirksam vertritt. Auch die finanzielle Lage der Lokalkasse hat sich durch Sparsamkeit gebessert. Mitgliederversammlungen haben sechs, Sitzungen und Besprechungen acht stattgefunden. Jedesmal hat der Gauleiter einen Vortrag gehalten. In den kleineren Betrieben mußte der Gauleiter verschiedene Male wegen der Bezahlung der Feuerungszulage vorstellig werden. Auch bezüglich Regelung verschiedener anderer Fragen hat der Gauleiter vortragen müssen. Die Einfassung der Beiträge erforderte viele Mühe. Restwachen sind bei den meisten Kameraden nicht vorhanden. Kamerad Schädler forderte die Nachzügler auf, sich den andern Kameraden anzuschließen, damit die Beitragszahlung im neuen Jahre auch bei ihnen flappe. Mancher Kamerad hätte mehr für den Verband leisten können. Die ganze Arbeit hängt an etlichen Kameraden. Es soll und muß im neuen Jahre besser werden. Beitragsmarken sind an jedem Löhnungstage beim Kassierer Schädler sowie bei beiden Hilfskassierern Jauß und Kunz zu haben. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden die alten Kameraden, soweit sie noch nicht zum Militär eingezogen sind, alle wiedergewählt. Für die Einberufenen wurde Ersatz gewählt, so daß der Zahlstellenvorstand wieder vollzählig ist. Bezüglich der Verteilung der Lebensmittel bestehen immer noch Mängel, die auf Abhilfe warten. Hierauf hielt Kamerad Leuger einen Vortrag über die Aufgaben unseres Verbandes, der mit Beifall aufgenommen wurde. Seine Schlusssatzungen gingen dahin, daß die Zahlstelle Göppingen so wie bisher weiter arbeiten solle, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Der Vortrag fand reichen Beifall.

Großröhrsdorf. Am 17. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung. Trotz mühevoller Einladung und wichtiger Tagesordnung waren wieder nur einige Kameraden anwesend. Bei den älteren Kameraden ist eine Entschuldigungsveranlassung darin zu suchen, daß sie eine bis zwei Stunden Weg bis zur Versammlung zurücklegen müssen. Es gibt aber auch jüngere Kameraden, bei denen man hoffte, daß sie mehr Interesse am Verbands zeigen würden. Gerade in dem letzten Jahre war es von großem Wert, den Versammlungen beizuwohnen, da der Gauleiter Köhler in jeder Versammlung über die wirtschaftliche Lage, über die Tarifverhandlungen und über die Feuerungszulage referierte. Die Gauleitung hat keine Mühe gescheut, den Kameraden eine bessere Lage zu schaffen. Auch in dieser Versammlung sprach der Gauleiter über den Verlauf der Verhandlung in Berlin und über die kommenden Verhältnisse nach dem Friedensschluß. Nur eine gute Organisation seitens der Kameraden kann den kommenden Zeiten gewachsen sein. Darum ist es Pflicht eines jeden Kameraden, sich dem Verbands anzuschließen und die Versammlungen zu besuchen. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1917 bekanntgegeben und niemand etwas einzubringen hatte, wurde der Kassierer entlastet. Dann gab er einen Uebersicht über unsern

Jahresabschluss. Es sind seit 1914 118 Kameraden im Felde, 5 sind gefallen. Am Anfang des Jahres waren 61 Mitglieder am Orte, 3 sind eingetreten, 13 zum Militär gekommen, 5 sind zugereist, 2 sind vom Militär beurlaubt; der Mitgliederbestand beträgt 67. Die Einnahme der Zentralkasse betrug M 1534,20; die Ausgabe: an 77 Frauen M 1282 Familienunterstützung; der Ueberschuss ist der Zentralkasse überwiesen worden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M 662,90, die Ausgabe M 619,06, der Bestand M 2230,66. Es sind vier Versammlungen und eine Vorstandssitzung abgehalten worden, die leider schwach besucht waren, da die meisten Kameraden in einer andern Zahlstelle arbeiten, wo der Tariflohn gezahlt wird. Verhandlungen mit dem Arbeitgeber waren bis auf Kleinigkeiten, die von Seiten der Gauleitung brieflich geregelt wurden, nicht nötig. Da die Zahlstelle viele Ortschaften umfasst und immer mehr Kameraden eingezogen werden, wird es immer schwieriger, die Kameraden mit Marken zu versehen. Die Ausgabe der Lokalkasse wird dadurch und durch Materialvermehrung immer größer. Die Zahlstelle sah sich deshalb genötigt, ihre Lokaleinnahmen um 10 % zu erhöhen, was auch dem Lohne entsprach und gerecht erscheint. Hoffen wir, daß der langersehnte Frieden in diesem Jahre geschlossen wird und alle Kameraden in unserer Zahlstelle wieder erscheinen.

Heilbronn. Am 24. Februar fand unsere Generalversammlung statt; sie war sehr schwach besucht. Kamerad Seilmann gab den Kassenbericht vom vierten Quartal. Die Richtigkeit wurde bestätigt und dem Kassierer einstimmige Entlastung erteilt. Ferner führte Seilmann aus, daß er von der Zahlstelle in dem letzten Geschäftsjahre kein günstiges Bild geben könne. Es haben sechs Versammlungen stattgefunden. In allen war der Gauleiter anwesend. Mit Ausnahme einer einzigen waren alle schwach besucht, obwohl schriftliche Einladungen immer an sämtliche Kameraden ergingen. Die Teuerungszulagen sind überall, mit Ausnahme eines Ortes, gezahlt worden; auf diesem Orte (Verth) arbeiten 12 Zimmerer, davon sind zwei organisiert. Kamerad Leuger führte aus, daß die Organisationsverhältnisse in der Zahlstelle Heilbronn nicht erst seit heute, sondern schon länger recht viel zu wünschen übrig lassen. Die Zahlstelle hätte im Gau immer an zweiter Stelle gestanden; er selbst habe wiederholt Versammlungseinladungen von Platz zu Platz und von Zahlstelle zu Zahlstelle getragen; jedoch ohne einen nennenswerten Erfolg zu erzielen. Wenn die Abtrünnigen wiedergewonnen werden sollten, dann müsse mit einer Hausagitation eingeleitet werden. Es kommen 15 bis 20 Kameraden in Frage, die wiedergewonnen werden müssen. Verschiedene sind dabei, die vom Heeresdienst reklamiert wurden, und die erklärten, es käme jetzt zuerst die Familie, dann erst der Verband usw. Es stellten sich vier Kameraden, die dem Zahlstellenvorstande angehören, zur Hausagitation zur Verfügung; auch der Gauleiter wird daran teilnehmen. Hierauf wurde zu den Neuwahlen geschritten. Der alte Kassierer wurde wiedergewählt, die Kosten des Vorstehenden, des Schriftführers und der Revisoren wurden neu besetzt. Nachdem Kamerad Seilmann die anwesenden Mitglieder noch aufgefordert hatte, alles zu tun, damit die Organisationsverhältnisse sich bessern, wurde die Versammlung geschlossen.

Lübeck. Versammlung am 19. Februar. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal; 2. Jahresabrechnung; 3. Innere Verbandsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Unterstützungsgesuch des Kameraden Sch. erledigt. Sch. ist seit zwei Jahren krank, hat Ostern-Konfirmation und befindet sich in einer sehr bedrängten Lage. Die ihm aus der Unterstützungskasse zustehende Unterstützung ist erschöpft, und so wurde beschlossen, für ihn eine freiwillige Sammlung durch Sammelbögen vorzunehmen. Zum ersten Punkt erhielt der Kassierer, Kamerad Gamm, das Wort zur Abrechnung vom vierten Quartal. Kassenbestand vom dritten Quartal M 1864,34, Einnahme M 521,15; Summa M 2385,49; Ausgaben M 788,24; bleibt Kassenbestand M 1597,25. Davon sind auf der Kasse belegt M 1439,43, in bar vorhandenen M 158,32. Jahresabrechnung: Einnahme für die Zentralkasse M 4287; Ausgaben: Familienunterstützung M 2775, Reiseunterstützung M 125, bar an die Zentralkasse gesandt M 1510,75. Lokalkasse: Kassenbestand 1916 M 2767,78; Einnahme: 1. Quartal M 613,22, 2. Quartal M 580,30, 3. Quartal M 589,75, 4. Quartal M 521,15; Summa M 5072,20. Ausgaben: 1. Quartal M 665,20, 2. Quartal M 1866,45, 3. Quartal M 558,94, 4. Quartal M 787,74; Summa M 3878,33; davon für Streikunterstützung M 1167, an Unterstützung der Familien der zum Militär eingezogenen Kameraden M 225,50, Weihnachts- und sonstige Unterstützungen M 475,45; Summa M 1642,45. Lokalkassenbestand am Schlusse des Jahres 1917 M 1597,75, mithin ein Verlust von M 1170,03. Mitgliederbewegung: Ausgetreten 5, wegen Schulden gestrichen 2, gestorben 3, während der Dauer des Krieges eingezogen 238. Gefallen sind 21 Kameraden, davon 9 verheiratet und 12 ledig. Das ganze Jahr hindurch waren durchschnittlich wöchentlich 10 Kranke. Im dritten Punkt, „Innere Verbandsangelegenheiten“, führte Kamerad Gamm aus, daß, wie aus der Abrechnung zu ersehen sei, unsere Ausgaben sich nicht mit den Einnahmen decken, weil alles teurer geworden sei, zum Beispiel Papier, Schreibwaren, Anzeigen, Kartellbeitrag usw. Deshalb stellte Redner die Anfrage, ob die Versammlung nicht geneigt sei, den Lokalbeitrag zu erhöhen, da auch noch der im Anfang des Krieges gefasste Beschluß besteht, daß sämtliche zum Militär eingezogenen Kameraden eine einmalige Unterstützung für die Familie erhalten. Weiter zahlten wir Zuschüsse zu der Arbeitslosenunterstützung sowie auch Arbeitslosen- und Krankenmarken; auch sei eine große Summe als Unterstützung an in Not geratene Kameraden ausgezahlt worden. Allein M 2500 sind für die Familien der eingezogenen Mitglieder ausgegeben. Hieraus ergebe sich, daß wir, wenn diese Unterstützungen weitergezahlt werden sollen, unseren Lokalbeitrag mindestens um 10 % erhöhen müssen. Es wurden zwei Anträge gestellt, einer auf 15 % mehr pro Woche, einer auf 10 % mehr. Letzterer Antrag wurde einstimmig angenommen; mithin beträgt ab 1. April unser Lokalbeitrag 45 %. Es wurde vom Kameraden Gamm noch

weiter berichtet, daß auf verschiedenen Plätzen reklamierte arbeiten, die es nicht für nötig halten, sich wieder im Verband anzumelden oder aufnehmen zu lassen, und daß wir unter allen Umständen energische Schritte tun müßten, um diese Kameraden dem Verbands wieder zuzuführen. Im vorigen Jahre hätten wir es dahin gebracht, daß alle Reklamierten sich dem Verbands wieder angeschlossen haben. Jetzt sei es bei den beiden Firmen Christiansen und Nielsen, Düsseldorf, und bei der Dachbaugeellschaft Glender wieder eingetrieben, daß dort jetzt zehn Reklamierte arbeiten, die nicht dem Verbands angehören. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß ganz energisch dagegen vorgegangen werden müsse; es wurde beschlossen, die Betreffenden zu einer Vorstandssitzung zu laden. Nachdem noch die Kameraden aufgefordert waren, recht rege für den Verband zu wirken, erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Petersdorf i. Riesengebirge. Am 27. Februar fand in Petersdorf für die auf der Baustelle Glanz-Aden-Offiziergesellschaft beschäftigten Kameraden eine Versammlung statt. Erschienen waren alle Kameraden. Zeitgestellt wurde, daß auf der Baustelle aus den Zahlstellen Breslau, Hirschberg, Waldenburg, Lissa und Niesitz Mitglieder beschäftigt sind. Ein Kamerad ist noch im Transportarbeiterverband, weil sein Uebertritt durch die bestehenden Bestimmungen vorläufig noch nicht möglich ist. Einigkeit bestand darüber, daß alle Kameraden, da sie den Breslauer Stundenlohn erhalten, auch die Beiträge zu 70/30 % zu entrichten haben, gleichviel, welcher Zahlstelle sie angehören. Es wurde vom Gauleiter noch besonders hervorgehoben, daß man sich in keinem Falle zu der Ausführung von Arbeitsarbeit verstehen möchte. Dieser Fall sei bereits bei einer Breslauer Firma zu verzeichnen; dort sei infolgedessen die Einigkeit unserer Kameraden stark beeinträchtigt worden. Im weiteren wurde festgesetzt, daß sich bei der Firma Huber seit einiger Zeit Bestrebungen bemerkbar machten, unsere Kameraden in ihrem Lohnneinkommen zu benachteiligen. Es sei Kameraden, die alle 4 Wochen die Berechnung haben, einmal zu ihrer Familie zu fahren, und die infolge der schlechten Bahnverbindung am Montag morgen nicht rechtzeitig oder erst kurz vor der Mittagspause zur Arbeit antreten konnten, für einen halben Tag das Kostgeld abgezogen worden. Da der Ausfall der Arbeitsstunden sich für die Kameraden unter den heutigen Verhältnissen schon eine große Einbuße darstelle, so seien sie mit dieser Maßnahme nicht einverstanden. Weiter versuchte die Firma, denjenigen Zimmergehilfen, die im Hirschberger Kreise beheimatet sind, aber die ganze Woche wegen der zu weiten Entfernung nicht nach Hause können, das Kostgeld zu kürzen. So wurden auch am 19. Februar drei Mitglieder von der Filiale Bromberg nach der Baustelle Petersdorf beordert; durch diese Reise sind jedem 24 Stunden Arbeitszeitverlust entstanden, den zu zahlen sich die Firma auch nicht verstehen wolle. Die Versammlung beschloß, daß die Gauleitung in allen diesen Punkten versuchen soll, mit der Firma im Verhandlung zu treten. Sei keine Einigung zu erzielen, so soll die Schlichtungskommission zur Entscheidung angerufen werden. Weiter wurde noch darauf hingewiesen, daß auch für diese Baustelle mit dem 1. April die 5 % Lohnhöhung zu zahlen sind. Die Lokalfondsmarken à 75 % hat gleichfalls jedes Mitglied zu nehmen, ohne Rücksicht darauf, welcher Zahlstelle es angehört. Da der Verbandsbeitrag wieder mit dem 2. März seinen Anfang nimmt, sollen die Kameraden dieser Baustelle von vornherein auf Ordnung halten, damit bezüglich der Organisation alles im Lot bleibt. Vom Gauleiter wurde noch unsere Verbandsagitation besprochen und dargelegt, daß vieles in dieser Hinsicht besser sein könne, wenn jeder Kamerad seine heimatischen Verbindungen der Gauleitung zur Kenntnis bringen würde. Nachdem noch beschlossen war, daß in der nächsten Zeit auf der Baustelle eine durchgreifende Bücherkontrolle stattfinden solle, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Saarbrücken. Unsere Zahlstelle hielt am 24. Februar ihre Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Jahresbericht, Abschluß vom vierten Quartal 1917, Kartellbericht, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Nach Erstattung des Jahresberichtes sowie der Abrechnung vom vierten Quartal 1917, die von den Kameraden für richtig befunden wurde, wurde der Kassierer, Kamerad Albert Saar, auf Antrag des Vorstehenden entlastet. Es folgte der Bericht von der letzten Kartellsitzung, worauf man zu „Verbandsangelegenheiten“ überging. Hier hielt unser Gauleiter, Kamerad Schilling, einen interessanten Vortrag und erstattete einen Ergänzungsbericht über die letzten zentralen Verhandlungen im Baugewerbe. Der Vortrag wurde von den Kameraden mit Beifall aufgenommen. Weiter wurde von einigen Kameraden der Firma Wälf & Freitag in Wülflingen das Verhalten der dort beschäftigten Kameraden gerügt. Grund hierzu ist der schlechte Versammlungsbesuch der Kameraden. Sie sehen sich veranlaßt, lieber jeden Sonntag zu arbeiten, als eine Versammlung zu besuchen, obwohl auf der Baustelle noch viel zu regeln ist, besonders wegen der Lohnfrage. Nach einigen ernstigen Worten des Vorstehenden an die Kameraden erfolgte Schluß der von 25 Mann besuchten Versammlung.

Jahresbericht. Unsere Zahlstelle hatte im verflossenen Jahre an 100 Neuaufnahmen und 67 Erneuerungen. Verkauf wurden an Marken zu 75/30 % 2173, zu 65/25 % 883, zu 50/15 % 52, an Arbeitslosenmarken 4 zu 60 %. Krankenmarken wurden verkauft 120 Stück à 25 % und 67 à 20 %, weiter 5 Bücherfutures à 10 %. An Duplikaten wurden 2 ausgestellt. Die Einnahmen für die Zentralkasse betrugen M 2501,90, für die Lokalkasse M 959,45. An Ausgaben der Lokalkasse haben wir im Berichtsjahre M 700,66 zu verzeichnen. Der Lokalkassenbestand war am Schlusse des vierten Quartals 1916 M 150,87, am Schlusse des Jahres 1917 M 617,01. An Familienunterstützung für die Angehörigen der Kameraden im Felde wurden M 590 ausgezahlt, an Gemahrgelternunterstützung M 166,40. Der Mitgliederbestand betrug im ersten Quartal 56, am Schlusse des Jahres 1917 175. Verstorben ist ein Kamerad. Versammlungen haben im Jahre 7 stattgefunden. In 4 davon war der Gauleiter, Kamerad Schilling, anwesend, und in einer der Kamerad D. Friedrich aus Hamburg.

Die Versammlungen waren durchschnittlich von 30 Kameraden besucht. Der schwache Besuch ist daraus zu erklären, weil die meisten Kameraden zurzeit im Operationsgebiet arbeiten. Der Stundenlohn betrug zu Anfang des Jahres 64 % und 25 % Teuerungszulage; am Schlusse des Jahres 64 % und 35 % Teuerungszulage; durchschnittlich M 1 die Stunde. Im Baugewerbe und im Operationsgebiet war er entsprechend höher. Lohnstreitfragen wurde eine im Bezirk Neunkirchen zu unsern Gunsten erledigt und eine ist noch in Verhandlung bei der Firma Wälf & Freitag in Wülflingen. Hoffen wir, daß uns das Jahr 1918 noch weitere Lohnverbesserungen schafft und wir einem baldigen Frieden entgegengehen.

Wiesbaden. Jahresversammlung am 3. März. Die Versammlung, die schon einmal, und zwar auf den 10. Februar, angesetzt war, aber des schwachen Besuches halber nicht stattfinden konnte, war auch dieses Mal schwach besucht. Schuld daran ist außer der Interefflosigkeit die schlechte Bahnverbindung für die auswärtigen Kameraden und zum Teil die Sonntagsarbeit. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Kassenbericht; 3. Vorstandswahl; 4. Zahlstellenangelegenheiten. Zum ersten Punkt führte Kamerad Knipp aus, daß im verflossenen Jahre fünf Zahlstellenversammlungen und eine öffentliche Zimmererverversammlung stattgefunden haben. In der öffentlichen Versammlung referierte Kamerad Ehlers, Frankfurt a. M., über: „Die gegenwärtigen und die Zukunftsaufgaben des Zentralverbandes der Zimmerer“. Außerdem fanden zwei Konferenzen statt, eine am 8. April in Frankfurt a. M., die andere am 6. Mai in Mannheim. In der ersten Konferenz wurde berichtet, daß für das Gebiet des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes die Teuerungszulage von 10 auf 15 % erhöht sei. In der zweiten wurde der Abschluß der zentralen Verhandlungen vom 26. April, der uns eine Erhöhung der Teuerungszulagen von 10 auf 25 % brachte, genehmigt. Wichtige Beschlüsse wurden in der Zahlstellenversammlung vom 29. Juli gefasst. Erstens die Erhöhung der Kollportagegelder von 5 auf 8 % pro „Zimmerer“ und der Entschädigung des Kassierers von M 150 auf M 180. Da das Gewerkschaftskartell nicht in unserm Sinne arbeitete, sondern die ihm angeschlossenen Gewerkschaften vernachlässigte und das ihm unterstellte Arbeitersekretariat ebenfalls seinen Verpflichtungen nicht nachkam, wurde die Sperrung der Kartellbeiträge beschlossen. In der heutigen Versammlung wurde dieser Beschluß aufgehoben, da sich manches gebessert hat und wir unsere Mitarbeit nicht verjagen wollen. Die gesperrten Beiträge werden nachgezahlt. In der Versammlung vom 9. Dezember wurde beschlossen, zu den zentralen Unterstützungen, die zu Weihnachten an unsere zum Militär eingerückten Kameraden ausgezahlt wurden, M 2 für die Frau und für jedes Kind unter 14 Jahren 50 % sowie an die nicht bezugsberechtigten Kameraden M 6 aus der Lokalkasse zu gewähren. Zum Kassenbericht gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten und vierten Quartal bekannt und hieran anschließend die Jahreseinnahmen und -ausgaben. Die Einnahmen der Zentralkasse betrugen M 2427,15, die Ausgaben an Kriegsunterstützung M 1447, an Arbeitslosenunterstützung M 181,50, zusammen M 1628,50. Mithin verblieb der Zentralkasse ein Ueberschuss von M 798,65. Einnahme der Lokalkasse M 1216,58, Ausgabe M 1081,62; mithin verbleibt ein Mehr von M 134,96. Der Bestand der Lokalkasse war am Schlusse des vierten Quartals M 1365,99. Eine Diskussion fand nicht statt, und auf Antrag des Revisors, des Kameraden August Gul, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum dritten Punkt, „Vorstandswahl“, führte Kamerad Gul aus, daß Kamerad Knipp die beiden ersten Posten seit zwei Jahren innehatte und auch ganz gut ausführe; er möge deshalb die Geschäfte der Zahlstelle für die Dauer des Krieges so weiterführen, was Kamerad Knipp auch annahm und wozu die Versammlung zustimmte. Als Schriftführer wurde Kamerad Karl Lang gewählt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des vierten Quartals 1916 59 und am Schlusse des vierten Quartals 1917 91. Eine Zunahme von 32; hiervon sind 24 Neueintritte und 8 reklamierte Kameraden. Als gefallen haben wir jetzt 14 zu beklagen und 2 als vermisst seit 1915. Soffentlich nimmt der Krieg bald sein Ende, so daß nicht noch neue Opfer hinzukommen und die im Felde stehenden Kameraden bald heimkehren, um vereint mit uns an dem Ausbau unserer Organisation kräftig Hand anzulegen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 2. Februar starb unser langjähriges Mitglied Hermann Schade an einem inneren Leiden im Alter von 50 Jahren.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 7. März entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: O p p r e u e n: M e n t e i n 4, G e r d a u e n 4, R e i d e n b u r g 2, S t a d t g i r r e n 1; P o m m e r n: S t e t t i n 16; P o s e n: M e s e r i h 10, P o s e n 51, S a m t e r 10; S c h l e s i e n: R e u m a r k t 5, B r a n d e n b u r g: B e r l i n 5, C o t t b u s 12, F r a n k f u r t 2; P r o b i n z S a c h s e n, A n h a l t: E i l e n b u r g 5, E r f u r t 5, H a l l e 50, M ü l l h a u s e n 20; K ö n i g r e i c h S a c h s e n: D r e s d e n 14, B o r n a 30, L e i p z i g 6, Z i t t a u 4; T h ü r i n g e n: A p o l d a 15, G e r a 11, G o t t a 5, J e n a 15; S c h l e s w i g - H o l s t e i n: L ü b e c k 6, H a m b u r g 3; H e s s e n - N a s s a u, H e s s e n: F r a n k f u r t 21, S a n a u 2, H ö c h s t 4, M a i n z 5, O f f e n b a c h 3, S c h m a l l a d e n 1; W e s t f a l e n: B o c h u m 23, D o r t m u n d 32, S a m m 6, H o h e n l i m b u r g 3, P a d e r b o r n 6, R h e i n e 20; R h e i n l a n d: W a r m e n 6; B a y e r n: W a h r e u t h 3, F r e i s i n g 2, S t. A n g e l b e r t 3, W e i d e n 3; W ü r t t e m b e r g: S t u t t g a r t 100 (nach auswärts); B a d e n: F r e i b u r g 12, K a r l s r u h e 20, L ö r r a c h 4, M a n n h e i m 10, M ü l l h e i m 10; E l s a s s - L o t h r i n g e n: C o l m a r 50, M e z 10, M ü l l h a u s e n 10, S t r a s b u r g 65, Z a b e r n 10. I n s a m m t w e r d e n i n 54 O r t e n 755 Z i m m e r e r g e s u c h t.